



Antrag

der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte neu ordnen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert die Außer-Kraft-Setzung des Pflichtstundenerlasses vom 22.02.2010 zurück zu nehmen. Dies ist ein notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zu einer fairen Arbeitszeitregelung für Lehrkräfte, die sich an den Anforderungen in einer veränderten Bildungslandschaft orientiert.
2. Die Belastung für viele Lehrkräfte hat schon jetzt ihre Grenze erreicht. Eine Mehrbelastung ist nicht akzeptabel.
3. Sonderwege auf dem Weg zum Abitur, die in erheblichem Umfang Stellen kosten, lehnt der Landtag ab.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, ein neues Arbeitszeitmodell für Lehrkräfte zu entwickeln, das die Unterrichtsverpflichtung nach funktionalen Kriterien differenziert und nicht an der umstrittenen Unterscheidung an den Schulformen festhält. Dabei soll die Anerkennung von außerunterrichtlichen Tätigkeiten, von Fortbildungen und von Vertretungsdeputaten neu geregelt werden. Die Ausarbeitung eines solchen Modells für Schleswig-Holstein wird dem Landtag zur Oktober-Sitzung vorgelegt, so dass ausreichend Zeit zur Implementierung zum Schuljahr 2011/2012 besteht.

Begründung

Mit Datum vom 22.02.2010 wurde ein neuer Pflichtstundenerlass veröffentlicht, der zum 01.08.2010 in Kraft treten sollte. Ziel des Erlasses war, dass Lehrkräfte an Regional- und Gemeinschaftsschule unabhängig von Ihrer ursprünglichen Laufbahn die gleiche Zahl an Unterrichtsstunden zu geben haben. Dieser Erlass wurde am 30.03.2010 erneut im Nachrichtenblatt veröffentlicht. Einen Tag später hat Bildungsminister Dr. Klug diesen Erlass wieder zurückgenommen und sich im Bildungsausschuss am 01.04.2010 dabei auf die Empfehlung der Haushaltsstrukturkommission bezogen. Der neue Erlass war als notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zu einer fairen LehrerInnenbesoldung, die sich an den Anforderungen in einer veränderten Bildungslandschaft orientiert, gedacht. Mittlerweile hat die Landesregierung einen neuen Entwurf für den Pflichtstundenerlass vorgelegt, der sich strukturell an dem Erlass vom 20.02.2010 orientiert, der aber für viele Lehrkräfte eine Mehrbelastung bedeutet. Statt der versprochenen Entlastung stehen nun weitere Belastungen für Lehrkräfte ins Haus. Das ist ein falsches Signal angesichts der steigenden Herausforderungen und der hohen Beanspruchung vieler Lehrkräfte.

Vor dem Hintergrund der Nachwuchssituation für Lehrkräfte steht Schleswig-Holstein schon jetzt im bundesweiten Wettbewerb. Auch vor diesem Hintergrund des Lehrkräftemangels ist eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen falsch.

Auch die Erlassversion vom 22.02.2010 kann nur eine Zwischenlösung sein. Grundsätzlich ist ein Lehrerarbeitszeitmodell zu entwickeln, das alle planbaren und zeitaufwändigen Aufgaben einer Lehrkraft einbezieht. Dies ergibt sich daraus, dass die tatsächliche Arbeitszeit von Lehrkräften einer extrem breiten Streuung unterliegt. Zudem hängt der Aufwand stark vom den zu unterrichtenden Fächern ab. Letztlich bilden Pflichtstundenkontingente nicht einmal die Hälfte der gesetzlich oder tariflich normierten Arbeitszeit ab.

Darum brauchen wir spätestens zum Schuljahr 2011/2012 ein Arbeitszeitmodell für Lehrkräfte, das sich an den tatsächlichen Leistungen und Zeitbedarfen orientiert und nicht unzeitgemäß im Laufbahndenken verharrt. Dänemark und Hamburg haben diesen Schritt bereits getan. Die Erfahrungen können in die Überlegungen für Schleswig-Holstein einfließen.

Anke Erdmann

und Fraktion